

Thesenpapier „Gesundheit und Pflege“

► Gesundheit

Ausgaben und Einnahmen im Gesundheitswesen klaffen immer stärker auseinander. Ein Großteil der Ausgabensteigerungen ist die Folge gesetzlicher Veränderungen auf Bundesebene. Der GKV-Spitzenverband wünscht sich von der Politik ein neues Kostenbewusstsein. Er rechnet damit, dass die Zusatzbeiträge in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden, das geht auch auf Kosten der Rentnerinnen und Rentner.

Um die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich begegnen zu können, muss das Gesundheitssystem einen stärkeren Schwerpunkt auf die Prävention legen. Lieber vorbeugend verstärkt in gesundheitsfördernde Maßnahmen investieren, als Hinterher die große Zeche der Folgeschäden zu bezahlen, das muss die Devise sein. Prävention muss deshalb den gleichen Stellenwert in unserem Gesundheitswesen bekommen wie Kuration, Pflege und Rehabilitation.

Prävention muss in Eigenverantwortung erfolgen: Eigenverantwortung als Garant für individuelle Gesundheit. Das stärkt auch den Solidaritätsgedanken in unserer Gesellschaft. Denn es ist nicht länger zu akzeptieren, dass Menschen, die bspw. „freiwillig“ und ohne Not durch Rauchen oder übermäßig starken Alkoholkonsum selbstverschuldet krank werden, die Solidargemeinschaft, sprich die Beitragszahler in die Gesetzliche Krankenversicherung, finanziell über Gebühr belasten und in finanzielle Mithaftung nehmen. Unser Gesellschaft muss in dieser Hinsicht deutlich solidarischer werden als bislang.

Ein weiteres großes Problem vor diesem Hintergrund: Deutschland wird nicht nur immer älter, sondern auch immer dicker. Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss: nahezu jeder zweite Erwachsene bei uns hat Übergewicht. Bundesgesundheitsminister Gröhe hat Ende 2014 im Deutschen Bundestag erklärt: „Wir müssen eine Fülle Mehrfacherkrankungen und chronischer Erkrankungen sowie auch eine deutliche Zunahme lebensstilbedingter Erkrankungen feststellen. Immer wieder tragen ursächlich auch die Lebensführung bzw. die Lebens- und Arbeitsweise maßgeblich zum Krankheitsverlauf oder gar zur Krankheitsentstehung bei.“

Der Bielefelder Gesundheits-Soziologe Bernhard Badura hat dazu treffend formuliert: „Wir machen die Augen zu, wen es darum geht, woher die Probleme kommen. Und wir machen sie ganz weit auf, wenn es darum geht, kranke Menschen zu versorgen.“ Er fordert u.a. zu Recht bessere steuerliche Anreize für Unternehmen, wenn es um die betriebliche

Gesundheitsförderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Das alleine wird aber nicht ausreichen, um unser Gesundheitssystem zukunftsfest zu machen. Notwendig sind insbesondere neue Anreizsysteme für gesundheitsgerechtes Verhalten (monetär und nicht-monetär). Aus Sicht der Senioren-Union sollten folgende Maßnahmen von der Politik diskutiert und im Rahmen der Gesetzgebung aufgegriffen werden:

- Präventionsgesetz: Die Krankenkassen müssen ab 2016 mindestens sieben Euro je Versicherten zur Vorbeugung von Krankheiten ausgeben, bis Ende 2015 liegt der gesetzliche Richtwert bei 3,17 Euro. Fakt ist: Die Erhöhung auf sieben Euro ist ein Schritt in die richtige Richtung, kann aber nur der erste Schritt sein, mittel- und langfristig reicht das nicht aus.
- Stärkere steuerliche Anreize für Unternehmen bei der betrieblichen Gesundheitsförderung
- Ermäßigungen beim Krankenkassenbeitrag für gesundheitsbewusstes Verhalten
- Einführung einer Sozialabgabe auf gesättigte Fettsäuren in Lebensmitteln
- Einführung einer Sozialabgabe auf Zucker (inkl. Süßigkeiten) im Zuge einer nationalen Strategie zur Senkung des Zuckerkonsums
- Einführung einer Sozialabgabe auf Alkohol
- Einführung einer Sozialabgabe auf Nikotin
- Einführung einer Sozialabgabe auf Fastfood (wie z.B. in Mexiko)
- Verschärfung der Strafen für Alkohol am Steuer (Einbehalten des Autos, wie z.B. in Dänemark)
- Verbot von sogenannten Energydrinks (vor allem Kinder und Jugendliche nutzen sie, mit zum Teil fatalen Folgen)
- Aufwertung des Schulsports: Verpflichtend eine tägliche Schulsportstunde (beginnend in der Grundschule) mit qualitativ hochwertigen Fachkräften
- Altersgerechte Weiterentwicklung von Notaufnahmen, damit diese auf Ältere adäquat vorbereitet sind

- Stärkere Unterstützung von Älteren mit Suchtproblemen, z.B. durch Hausbesuche von dafür ausgebildetem Fachpersonal

► Pflege

Die Pflegereformen auf Bundesebene bedeuten zweifellos einen erheblichen Fortschritt. Weitere Reformen und Maßnahmen müssen in Zukunft aber folgen. Die Senioren-Union hat dabei folgende Punkte im Blick:

- Einführung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs auf einen Senioren-Tagesplatz – analog zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Unterdreijährige (U3-Platz)
- Flächendeckende Verbesserung der medizinischen Versorgung in Alten- und Pflegeheimen
- Einführung verbindlicher kommunaler Pflegekonferenzen
- Ombudsmänner für Pflege für alle Kommunen / Kreise (Bsp.: StädteRegion Aachen)
- Stärkere Unterstützung und Entlastung für / von pflegenden Angehörigen, z.B. durch den Ausbau von ehrenamtlichen „Gesellschaftern“ in Alten- und Pflegeheimen (Beispiel: Franziskusheim mbH in Geilenkirchen)

15. Februar 2016